

■ kultur.macht.geschichte – geschichte.macht.kultur

Überlegungen zum 5. Kulturpolitischen Bundeskongress

Am 11./12. Juni 2009 wird der Kulturpolitische Bundeskongress zum fünften Mal in Berlin stattfinden. Er wird sich diesmal mit dem Thema »Kulturpolitik und Geschichte« befassen und die Frage behandeln, welche Erklärungen es für das erkennbare neue Interesse an Geschichte gibt und welche Formen der Erinnerung und historischen Bildung zeitgemäß sind. Im Zentrum der Diskussion steht dabei auch die Frage, wie die Kulturpolitik die Themen Geschichtskultur und Erinnerung in Zukunft aufgreifen sollte. Neben der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung als Veranstalter ist das Kulturwissenschaftliche Institut NRW als Kooperationspartner beteiligt. Gefördert wird der Kongress vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Aktualität des Kongressthemas

Die Bundeskongresse haben in der Vergangenheit durch ihre Themensetzung stets einen wichtigen Beitrag zur Fokussierung des kulturpolitischen Diskurses geleistet. Dies kann auch im nächsten Jahr gelingen. Denn Erinnerung, Gedächtnis und Gedenken sind nicht nur zentrale Themen für Politik und Gesellschaft geworden, im Kulturbetrieb wie in den Medien nehmen historische Themen und Jubiläen ebenfalls einen beträchtlichen Platz ein. Ein Blick in den Kalender zeigt zudem, dass uns im nächsten Jahr eine Fülle von Gedenktagen und Jubiläen erwartet. Von besonderer Bedeutung werden der Fall der Mauer vor zwanzig Jahren mit der Folge der deutschen Vereinigung und der Rückblick auf die Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 sein. Aber es gibt auch zeitaktuellere Ereignisse, derer zu erinnern und zu gedenken ist. So jährt sich im Jahr 2009 der Beschluss des Deutschen Bundestages für ein »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« zum zehnten Mal. Seitdem ist nicht nur über dieses Denkmal heftig diskutiert worden. Debatten um das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung und die Realisierung einer Dokumentations- und Ausstellungsstätte zu den Themen Flucht und Vertreibung beschäftigen Gesellschaft und (Kultur-)Politik ebenso wie Mahnmale für die vom NS-Staat ermordeten Sinti und Roma und die Schwulen und Lesben oder das Gedenken an die in Ausübung ihres Dienstes gestorbenen Bundeswehrsoldaten.

Auf der Agenda des Erinnerns stehen aber auch Ereignisse älteren Datums wie die Unterzeichnung des Vertrags von Versailles vor 90 Jahren, die Verabschiedung der Weimarer Verfassung (1919) und der Beginn des Zweiten Weltkriegs (1939). Mit der Erinnerung an das Geburtsjahr von Friedrich Schiller vor 250 Jahren oder etwa die Varus-Schlacht vor 2000 Jahren stehen weitere Daten von hoher Symbolik an, die Anlässe für große Ausstellungen und Veranstaltungen geben. Diese Reihung allein liefert allerdings noch keine inhaltliche Begründung für eine kulturpolitische Debatte über »Erinnerung«, »Gedenken«, »Identität« und die Aufgaben und Funktionen der kulturellen Institutionen in diesem Zusammenhang. Aber sie bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte dafür und garantiert eine große öffentliche Aufmerksamkeit, um das neue Interesse an Geschichte augenfällig zu machen und zu diskutieren.

Kulturpolitik und Geschichte

Kaum eine Fachpolitik hat so viel mit Geschichte und Geschichtsvermittlung zu tun wie die Kulturpolitik. Historische Museen, Denkmäler und Gedenkstätten, Archive und Bibliotheken, Jubiläen und Gedenktage und die Pflege des kulturellen Erbes allgemein sind in der Regel hier ressortiert. Kulturpolitik ist mit den von ihr geförderten Einrichtungen an der Konstruktion eines kollektiven Gedächtnisses beteiligt, macht also auch Geschichtspolitik, wenn der kulturpolitische Diskurs dies auch nicht immer spiegelt. Weitere Akteure und Institutionen sind die Schulen mit dem Geschichtsunterricht, aber auch die Medien und zivilgesellschaftliche Initiativen. Historische Bildung und Geschichtspolitik orientieren sich dabei oft an bedeutenden Personen und bestimmten Ereignissen, um darüber Geschichte zu interpretieren und zu symbolisieren. Die Fernsehdokumentationsserie »Die Deutschen«, die kürzlich im ZDF lief, ist ein Beispiel dafür.

Kulturpolitisch relevant ist auch die Bearbeitung des kulturellen Gedächtnisses über Denkmale und Rituale der vielfältigsten Art. Solche Thematisierungen und Inszenierungen tragen jedoch nur so weit, wie sich im Heute konkrete Anknüpfungspunkte finden lassen. Erinnerungskulturen bleiben lebendig, wenn sie offen für neue Deutungen ihrer Symbole und Mythen sind und sich verändern. Verdrängen und Vergessen sind Teil

dieses Prozesses. Stellen sich Gedenken und Erinnerung nicht der Gegenwart, gerinnen sie zur Folklore. Ohne die identitätsstiftende Wirkung großer und kleinerer Erzählungen ist eine Gesellschaft nicht denkbar. Sie tragen wesentlich zur kollektiven Selbstverständigung bei. Globalisierung und Migration verändern jedoch die vormalig als relativ homogen empfundenen nationalen Erinnerungskulturen und das Geschichtsbewusstsein. Auch die neuen »grenzenlosen« Informationsmedien kreieren neue Narrative, indem sie historische Themen für neue Erzählungen aufbereiten, die nur noch bedingt vermittelbar sind mit dem tatsächlichen Geschehen. Ob angesichts dieser zunehmenden kulturellen Durchmischung von Geschichtsbewusstsein und Geschichtsbildern noch von *einem* historischen und kulturellen Erbe ausgegangen werden kann, ist eine der großen, nicht nur kulturpolitischen Fragen, die es zu diskutieren gilt.

Spätestens mit der Verabschiedung der Europäischen Kulturagenda und der Adaption der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt scheint die Politik diesen Entwicklungen Rechnung tragen zu wollen. Während Kulturpolitik bis dahin wesentlich als Teil der nationalstaatlichen Politik mit entsprechenden Zielsetzungen (Identität, Kulturelles Erbe) definiert werden konnte, gewinnen europäische und internationale Perspektiven und Fragestellungen immer mehr an Bedeutung. Nach einem halben Jahrhundert europäischer Einigungsprozesse ist deutlicher geworden, dass zu einer andauernden friedlichen Gemeinschaft auch die Korrekturen überkommener Geschichtsmymen und damit des »Kulturellen Erbes« gehören. Bei der Suche nach einem gemeinsamen Erbe spielen kulturpolitische Überlegungen zwangsläufig eine Rolle – was u.a. zu einer Aufwertung der Kulturpolitik im innersuropäischen Kontext geführt hat. Die damit verbundene Relativierung der nationalen Ebene wird von Teilen der Politik wie der Gesellschaft keineswegs durchgehend begrüßt. Eine gewisse Renaissance des Nationalen ist unverkennbar, der Rückgriff auf nationale Symbole häufig.

Auch wenn die staatlichen (und politischen) Anstrengungen zur Vermittlung von Geschichte zugenommen haben, gibt es längst kein Interpretationsmonopol der öffentlich geförderten Vermittlungs- und Interpretati-

onsinstanzen mehr, wenn es ein solches denn gab. Zu erinnern ist etwa an die Arbeit der zahlreichen Geschichtsvereine. Ferner war Geschichte war schon immer ein Reservoir für Geschichten in der Literatur, später dann auch im Kino. Mittlerweile gehören historische Dokumentationen zum festen alltäglichen Repertoire des Fernsehens, das Internet bietet die gewohnt unübersichtliche und überbordende Informationsflut zum Thema, in PC-Spielen werden historische Bilder und Motive be- und/oder zu Fantasy verarbeitet, historische Festivals und Live-Rollenspiele haben Konjunktur. Auch der Kulturtourismus kommt – vor allem als Städtetourismus – ohne historische Themen und Bezüge nicht aus. Historische Stadtführungen richten sich inzwischen zunehmend auch an die lokale Bevölkerung. Histotainment ist ein wesentlicher Teil der Alltagskultur wie der Kulturindustrie geworden. Geschichte hat offenbar Konjunktur.

Thesen und Botschaften für den Kongress

Die Kulturpolitischen Bundeskongresse haben bisher jeweils eine Kernaussage und Botschaft formuliert: Kunst gehört ins Zentrum der Kulturpolitik (2001); die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell (2003); Kulturpolitik muss stärker nachfrageorientiert agieren (2005); Kulturpolitik muss sich stärker europäisch ausrichten (2007). Diese Forderungen und die ihnen zugrunde liegenden Befunde und Problemanalysen in den letzten Jahren haben den kulturpolitischen Diskurs in Deutschland beeinflusst. Für den anstehenden 5. Kulturpolitische Bundeskongress lassen sich auf dem Hintergrund der obigen Problemskizze zunächst stichwortartig eine Reihe von Annahmen formulieren:

- Offensichtlich gibt ein neues Interesse an Geschichte. Historische Themen sind immer häufiger Gegenstand aufwändig inszenierte Ausstellungen und Filme. Romane und interaktive PC-Spiele mit geschichtlichen Inhalten oder Bezügen erreichen ein Massenpublikum. Viele Bürger engagieren sich in historischen Vereinen und Initiativen.
- Zugleich hat das Interesse der politischen Akteure an einer geschichtlichen Rückversicherung, Traditionsbildung und Selbstvergewisserung insgesamt zugenommen. Es scheint eines der zentralen Motive von Politik und in der Gesellschaft geworden zu sein.
- Festzustellen ist ferner, dass die nationale Ebene von Geschichte sowohl durch den europäischen Einigungsprozess wie durch lokale und regionale Veränderungen an Bedeutung verliert. Dadurch ändern die Koordinaten der Geschichtskultur ihre Lage und Richtung.
- Hinzu kommt, dass die Pluralisierung der

Lebenswelten durch Migration und Globalisierung zu einer Vermischung von Geschichtsbildern führt und die traditionellen nationalen Erzählungen relativiert.

- Schließlich ist zu beobachten, dass die neuen medial aufbereiteten und inszenierten Erzählungen zunehmend erfolgreich mit den klassischen Bildungsinstanzen in Bezug auf Bildung, Unterhaltung und Vermarktung geschichtlicher Inhalte konkurrieren. Der Bildungsauftrag der öffentlichen Institutionen wird dadurch in seiner Wirkung relativiert.

Diese Prozesse scheinen sich in ganz Europa vor allem in der Aufarbeitung der jüngeren europäischen Geschichte in ihren nationalen Ausprägungen zu fokussieren. Die Beschäftigung mit dem NS-System, mit Faschismus und Stalinismus ist augenfällig.

Das kollektive Gedächtnis hat nicht nur eine Identität stiftende Funktion, sondern spielt auch bei der Entwicklung und Formulierung von gesellschaftlichen Perspektiven eine wesentliche Rolle. Herkunft und Zukunft stehen in einem Zusammenhang. Das damit verbundene Bedürfnis nach neuer Orientierung ist auch ein Thema für Kunst und Kultur. Für die Kulturpolitik erwachsen daraus neue Fragestellungen, was die Begründung und Ausrichtung der Aktivitäten für die Pflege des kulturellen Erbes betrifft. Verbürgt die Sammlung, Bewahrung und Dokumentation der Zeugnisse und Artefakte aus der Geschichte in dem erreichten Ausmaß noch die Orientierungsfunktion, die von ihr erwartet wird?

Im Kern lassen sich die beschriebenen Trends zu zwei thematischen Fragestellungen bündeln:

1. Der europäische Einigungsprozess setzt ein europäisches Bewusstsein voraus. Geschichte und Geschichtsvermittlung respektive eine kollektive Erinnerung und eine europäische Erinnerungskultur sind dafür zentral. Die Kulturpolitik respektive die von ihr geförderten Institutionen müssen auf diese schwierige und nicht immer klare Fragestellung reagieren: Brauchen wir für

die vertiefte europäische Vereinigung eine neue Erzählung? Wie müssen die Kultur- und Bildungsinstitutionen oder die Historischen Museen auf diese neue europäische Fragestellung reagieren? Sollten die bereits behandelten Themen in ihrem europäischen Kontext präsentiert werden, die Erzählungen über Geschichte also noch komplexer gestaltet werden?

2. Die multikulturelle Situation oder kulturelle Vielfalt in den Städten stellt den alten (nationalen) Kanon geschichtlicher Themen gleichfalls in Frage und verweist auf die Schwierigkeit, gemeinsame Inhalte mit Blick auf die konfliktreiche historische Entwicklung zu finden. Wie sieht das kulturelle Gedächtnis in Einwanderungsgesellschaften aus? Gibt es Konzepte der »Gedächtnis- oder Erinnerungspolitik« für Einwanderungsgesellschaften? Ist es gerade in Einwanderungsgesellschaften notwendig, sich von überkommenen Mythen zu lösen und eine nach vorne gerichtete Erzählung – eine Art europäischer »American Dream« – zu konstruieren?

Die Themen Geschichte, Erinnerung und Gedächtnis dürften in Zukunft aus den genannten Gründen noch stärker in den Fokus der kulturpolitischen Debatte rücken. Der aufklärerische Impuls, aus der Geschichte zu lernen, wird dabei weiterhin ein zentraler Topos öffentlicher Kulturpolitik bleiben. Der kultur- und geschichtspolitische Diskurs gewinnt seine Bedeutung aber nicht nur über Bilder und Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch über die Vorstellungen möglicher lebenswerter Zukünfte, deren Entstehung und Überzeugungskraft gerade heute durch die Katastrophenszenarien blockiert sind. Kunst und Kultur können diese mentalen und faktischen Blockaden nicht aufheben, aber vielleicht können sie sie auflösen, damit die Köpfe frei werden für neue Zukunftsbilder und gesellschaftliche Perspektiven.

*Wolfgang Hippe und Norbert Sievers
in Verbindung mit der Vorbereitungsgruppe des Kongresses*



Jahrbuch für Kulturpolitik 2007

Band 7 – Europäische Kulturpolitik

Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) • Red.: Bernd Wagner und Norbert Sievers Bonn / Essen 2007 • ISBN 978-3-89861-853-3 • 485 Seiten • 19,90 Euro

Das »Jahrbuch« versteht sich als Versuch, das Feld der europäischen Kulturpolitik zu vermessen. Es will Begründungen liefern, Kompetenzen, Institutionen und Akteure beschreiben und damit die Diskussion über Europäische Kulturpolitik befördern.

AutorInnen sind u.a. *Roland Bernecker, Hans-Jürgen Blinn, Manfred Dammeyer, Kathinka Dittrich, Thomas Goppel, Jo Groebel, Ulf Grossmann, Jörg Hasperl, Hans-Georg Knopp, Thomas Krüger, Robert Palmer, Gerhard Pfennig, Jörn Rüsen, Oliver Scheytt, Olaf Schwencke, Wolfgang Schneider, Helga Trüpel, Hortensia Vöckers, Gottfried Wagner und Johanna Wanka.*